

## Wahltaktik.

ap. Die beiden letzten Ersatzwahlen für den Reichstag, vor einigen Wochen in Immenstadt, und jetzt in Gießen, sind von großer Bedeutung für die Beurteilung der Parteiverhältnisse und der Wahltaktik. In Immenstadt stimmte die sozialdemokratische Wählerschaft geschlossen für den liberalen Kandidaten und verhalf ihm zum Siege. In Gießen empfahlen die freisinnigen Vertrauensmänner den liberalen Wählern, ebenso geschlossen für den Sozialdemokraten einzutreten. So selbstverständlich und in Uebereinstimmung mit den einfachsten Geboten der Vernunft dieser Ratschlag erscheint, so war es doch erfreulich, daß diese Vernunft hier zum Durchbruch kam. Denn schon zu lange und zu oft hatte der deutsche Liberalismus sich von der blödesten Sozialistenfurcht statt von klarer Vernunft leiten lassen und damit nur die Geschäfte des Junkertums besorgt. Dadurch ist er, innerlich und äußerlich, immer mehr heruntergekommen, dadurch hat er mitgewirkt, die politischen Gegensätze zuzuspitzen und eine gewaltige Katastrophe vorzubereiten, die er angeblich am meisten fürchtet.

Aber mit diesem Vertrauen auf ihre Vernunft war den liberalen Wählern in Gießen doch noch zu viel zugemutet; sie stimmten den Sozialdemokraten nieder und wählten den Anhänger des schwarzblauen Blocks. Natürlich kommt bei der Beurteilung dieses Resultats das Mandat selbst nicht in erster Linie in Betracht. Hätten wir mit Hilfe der Liberalen gesiegt, wir hätten uns nicht im geringsten zur Dankbarkeit verpflichtet gefühlt. Das Wohl der Sozialdemokratie hängt von einem Mandat mehr oder weniger nicht ab. Was hier die Hauptsache ist, ist die erschreckende politische Verblödung des deutschen Bürgertums, das nicht einmal mehr fähig ist, seine unmittelbarsten eigenen Interessen zu erkennen. Die Haltung der liberalen Führer wurde nicht von irgendwelcher Annäherung an die Sozialdemokratie, noch von einer „Verjüngung des Liberalismus“ oder einem „Zug nach links“ bestimmt, sondern nur durch eine einfache Lust zur Macht diktiert, die die augenblickliche politische Situation für sich auszunutzen suchte. Natürlich nicht um eine Lust zur Macht, wie wir sie immer für die deutsche Bourgeoisie herbeiwünschen, die sich in einer festen Entschlossenheit zeigen würde, die Junkerherrschaft zu brechen. Die Ent-

wicklung des Kapitalismus in Deutschland hat diese Lust für immer getötet. So unermesslich hoch gehen die Wünsche der liberalen Politiker nicht. Ihre bescheidene Sehnsucht geht nicht weiter, als mit den Junkern zusammen in einem Regierungsbloc zu sitzen; die Erinnerung des Gottentottenblocks von 1907, woraus sie so unsanft hinausgeworfen wurden, schwebt ihnen als goldenes Zeitalter vor. Nun sehen sie, wie der schwarzblaue Bloc durch seine schamlose Steuerreform die Volksmasse aufgebracht hat; daher hoffen sie, die Fluten der Volksempörung auf ihre Mühlen leiten zu können, wobei sie darauf rechnen müssen, durch unentwegte Opposition ihre eigenen Blockünden vergessen zu machen. In solcher Lage wäre es natürlich eine selbstmörderische Taktik, wenn sie durch ihre Stimmen oder ihre Stimmenthaltung dem schwarzblauen Bloc ein Mandat zuschanzen wollten. Denn um so stärker die Sozialdemokratie, um so schwächer Zentrum und Junker aus dem Wahlkampf zurückgehen, um so notwendiger ist die Regierung auf die Unterstützung der liberalen Parteien angewiesen, um so größer ist die Aussicht, die alte Blockherrlichkeit wieder zu erneuern.

Aber all diese Gründe könnten für die liberalen Führer einleuchtend und bestimmend sein, die Masse der liberalen Philister versteht nichts von einer solchen „hohen“ Politik. Sie läßt sich nur durch ihr unmittelbares und natürliches Klassenempfinden leiten. Das ist die eindringliche Lehre der Wahl in Gießen, daß die augenblickliche politische Vernunft gegen die Kraft des Klassengesetzes nicht aufkommen kann. Das Klassenempfinden ist die elementare Kraft, die sich schließlich gegen alle politischen Vernunftgründe durchsetzt. //genoa

Diese Erfahrung ist vor allem wichtig, weil in der letzten Zeit wiederholt über eine Annäherung der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Linken, ja sogar über ein Wahlbündnis geredet wurde. Nun muß dazu von vornherein bemerkt werden, daß es kein einziges sozialdemokratisches Prinzip gibt, das so etwas verbieten würde. Immer hat das Proletariat sich auf den Standpunkt gestellt, überall dort die Bourgeoisie oder ihre demokratischen Schichten zu unterstützen, wo diese ernsthaft den Kampf gegen die Reaktion aufnehmen wollen. Der scharfe prinzipielle Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien hat die Arbeiter nie davon abgehalten, im Interesse der friedlichen Entwicklung zeitweilig mit einem Teil dieser Parteien gegen andere gemeinsam vorzugehen. Nicht an uns, sondern an dem von Sozialistenfurcht beherrschten Bürgertum lag es, wenn in der Wirklichkeit von einem kräftigen Zusammengehen nie etwas wurde.

Wenn wir dieser Idee skeptisch gegenüberstehen, liegt es also nicht daran, daß unser Prinzip so etwas verbieten würde, sondern weil wir bezweifeln, daß ein solches Wahlbündnis praktisch ausführbar und zweckmäßig wäre. Wir sehen dabei von den prinzipiellen Befürwortern der Blockpolitik ab; die Gründe, die Kolb z. B. anführt, daß die Sozialdemokratie ihr Ziel nur durch die Hilfe von Gegnern dieses Zieles erreichen kann, werden wohl von wenigen Genossen ernst genommen werden. Wichtiger aber als diese revisionistische Theorie spielt bei solchen Ideen die viel einflußreichere revisionistische Praxis mit, immer die Augen nur auf den unmittelbaren Erfolg zu richten. Große und leichte Wahlerfolge winken hier aus der einfachen Ausnutzung der Volksempörung gegen die neuen Steuern. So verlockend dies aber erscheinen mag, so ist ein bleibender Gewinn doch nur aus tiefer gehender Aufklärungsarbeit zu erzielen, die nicht immer über den schwarzblauen Block als Inbegriff alles Bösen redet, sondern die ganze kapitalistische Entwicklung heranzieht. Dann dürfen auch vor allem die Liberalen nicht ungeschoren bleiben, die bereit waren, 400 Millionen Mark indirekter Steuern zu bewilligen. Ja, gerade weil die Ereignisse selbst den schwarzblauen Block ins Zentrum des Volkshasses stellten, ist es umso mehr nötig, auf die Volkseindlichkeit der Liberalen hinzuweisen. Eine solche Aufklärung würde aber durch ein Wahlbündnis bedeutend erschwert werden.

Hier liegt aber nicht die Hauptbeschwerde. Der Hauptgrund, weshalb ein Wahlbündnis unzulässig sein würde, liegt darin, daß es für das erstrebte Ziel selbst, die Zertümmung der schwarzblauen Herrschaft, eher schädlich als nützlich sein würde. Ein Wahlbündnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie wäre unnatürlich, weil keine der beiden Parteien für die andere bündnisfähig ist. Die bürgerlichen Parteien sprechen der Sozialdemokratie die Bündnisfähigkeit ab, weil sie die Todfeindin der heutigen Ordnung ist; mit vollem Rechte, denn bei der tatsächlichen und wohlbegründeten Sozialistenfurcht der deutschen Bourgeoisie würde eine Partei, die sich mit der Sozialdemokratie verbände, ihre eigenen Anhänger in hellen Haufen von sich jagen. Das hat sich gerade jetzt in Gießen gezeigt. \*Aber auch umgekehrt ist eine bürgerliche Partei mit der Geschichte des deutschen Liberalismus hinter sich nicht bündnisfähig; unmöglich können die Arbeiter irgend welches Vertrauen in seine Entschlossenheit stellen, die Macht der Reaktion zu zertümmern, und die Sozialdemokratie könnte dabei höchstens ihren bisherigen Ruhmestitel, dem Proletariat immer eine

gute Führerin zu sein, verlieren. Vor allem würde sie dabei ihre Werbekraft unter dem christlichen Proletariat verlieren. Nichts wäre dem Zentrum mehr erwünscht, als wenn die Sozialdemokratie, die sich immer die Kämpferin für das ganze Proletariat gegen den Kapitalismus nannte, jetzt als Bundesgenossin der unchristlichen bürgerlichen Partei gegen die christliche bürgerliche Partei aufträte. Die Erfahrung anderer Länder, namentlich Belgiens, ist da, um zu zeigen, daß das Wahlbündnis von Sozialisten und Liberalen gerade die Herrschaft der Klerikalen gefestigt hat, die es stürzen sollte.

Das soll natürlich gar nicht besagen, daß uns an dem Sturz des schwarzblauen Blocks nichts gelegen ist. Wir wollen im allgemeinen lieber eine weniger reaktionäre Regierung, die dem Proletariat Zugeständnisse macht. Nachteile erwachsen daraus nur, wenn das Proletariat durch diese Reformfreundlichkeit eingelullt wird und sich dem Glauben hingibt, ein Teil der Bourgeoisie sei bereit, freiwillig dem Proletariat entgegenzukommen — also, wenn unsere Partei es an der nötigen Aufklärung fehlen läßt, woher dieses Entgegenkommen stammt. Wenn eine bürgerliche Oppositionspartei sich radikal gebärdet, liegt es in unserem Interesse, sie möglichst rasch an die Regierung zu bringen, damit sich zeigt, was dahinter steckt; nur dadurch kann das Proletariat den Täuschungen durch eine solche Opposition entzogen werden, daß es sie an der Arbeit sieht.

Daher besteht für uns aller Anlaß, die Liberalen gegen den Regierungsblock zu unterstützen. Und dieser Anlaß bleibt bestehen, trotz der Haltung der Siebener liberalen Wähler. Nicht um ihnen einen Dienst zu erweisen, der einen anderen Dienst wert ist, sondern nur in unserem eigenen Interesse versuchen wir, ihnen möglichst viel Mandate zuzuschieben. Wollen sie umgekehrt uns Mandate besorgen, so mögen sie das tun, weil und soweit sie damit ihr eigenes Interesse fördern. Wollen sie es nicht, lassen sie sich durch ihren Klassenhaß gegen das Proletariat beherrschen, auch gut; dann werden sie umso mehr von den Junkern und Pfaffen getreten werden. Und zugleich zeigen sie damit allen denjenigen, die sich sonst an den politischen Verhältnissen blindstieren würden, eindringlich, daß der große Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit die Politik beherrscht und eine engere Bundesgenossenschaft zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie unmöglich macht. —